

Wissenschaftler im Visier der russischen Regierung

Die russische Regierung will die Kontrolle von russischen Bürgerinnen und Bürgern verschärfen. Künftig müssen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler genauen Bericht über den Austausch mit internationalen Kooperationspartnern in Russland ablegen. Das geht aus einer Mitteilung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) an die deutschen Hochschulleitungen hervor, die Forschung & Lehre vorliegt. Die Anweisung der russischen Regierung gilt demnach auch für russische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die an einer Forschungseinrichtung in einem anderen Land beschäftigt sind.

Russische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen das Wissenschaftsministerium spätestens fünf Tage im Vorfeld geplanter Treffen mit ausländischen Kolleginnen und Kollegen informieren und detaillierte Angaben machen, heißt es in der beigefügten Übersetzung des

russischen Regierungsschreibens. Dazu zählen die Namen aller Teilnehmenden sowie Kopien ihrer Ausweisdokumente ebenso wie Informationen zum Anlass des Gesprächs. Die Treffen sind dabei laut Mitteilung nur „in für diese Zwecke bestimmten und ausgestatteten gesonderten Räumlichkeiten“ erlaubt.

Die Regierung gibt außerdem vor, dass bei allen Treffen mindestens zwei russische Forschende anwesend sein müssten. Im Anschluss an ein Gespräch müssten die Leiter der gastgebenden Institution außerdem darüber einen Bericht beim Ministerium vorlegen. Diese „sollen ausführliche Informationen über die behandelte Thematik sowie die wichtigsten Fragen beinhalten“, lautet die Vorgabe.

Geräte, mit denen Inhalte aufgezeichnet oder kopiert werden könnten, seien Ausländern nur gestattet, sofern dies gesetzlich explizit erlaubt sei. Smartphones, Smartwat-

ches oder Laptops wären in allen anderen Fällen nach Vorgaben des Ministeriums ein Tabu.

Auch über Aktivitäten jenseits der Arbeitszeiten will die Regierung Bescheid wissen. So müssen sich russische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auch für Treffen in ihrer Freizeit eine Genehmigung ihres Arbeitgebers einholen – und auch darüber berichten.

Die HRK beschreibt die Anweisungen der russischen Regierung als „Dilemma“ für russische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die Organisation rät den Leitungen deutscher Hochschulen, mit Beschäftigten über die Vorgaben und das weitere Vorgehen für deutsch-russische Forschungskoperationen zu sprechen. „Es wäre bedauerlich, wenn die aktuellen Entwicklungen die teilweise über Jahrzehnte etablierte, intensive und erfolgreiche deutsch-russische Hochschulzusammenarbeit beein-

trächtigen würden“, heißt es in dem Schreiben der HRK an die Leiterinnen und Leiter deutscher Hochschulen.

Vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sei die HRK bereits im August über die Pläne Russlands informiert worden. Deutsche Behörden versuchten zu klären, wie verbindlich die Vorgaben kontrolliert würden – bislang ohne Erfolg, schreibt die HRK. Der russische Wissenschaftsminister, Mikhail Kotyukov, formuliert laut Übersetzung des Regierungstextes: „Die Kontrolle über die Umsetzung dieser Anweisung behalte ich mir vor“.

Ein russischer Wissenschaftler hatte die Pläne des russischen Wissenschaftsministeriums in Teilen publik gemacht. Ihrem Schreiben an die deutschen Hochschulleitungen hat die HRK eine deutsche Übersetzung beigefügt.

Söder droht mit Ausstieg aus Nationalem Bildungsrat

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) droht mit einem Ausstieg aus dem geplanten Nationalen Bildungsrat. „Ich glaube wir müssen aus diesem Nationalen Bildungsrat überlegen auszusteigen“, sagte Söder in Grainau vor der Ministerpräsidentenkonferenz im Schloss Elmau. „Es läuft in eine falsche Richtung. Es wird ein bürokratisches Monstrum, das am Ende aus Berlin in die kleinen Schulstuben hineinregiert und in die Klassenzimmer.“ Das könne nicht sein. „Wir wollen, dass die Klassenzimmer nach wie vor regional gestaltet werden und nicht zentral verwaltet werden.“

Auch Baden-Württembergs Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) äußerte sich ähnlich kritisch: „Ich halte den Nationalen Bildungsrat für ein überflüssiges Gremium. Wir brauchen kein Gremium, das auf Bundeshoheitliche Aufgaben entwickelt“, sagte die Koordinatorin der unionsgeführten Bildungsministerien. Anstelle eines Nationalen Bildungsrates sollten die Länder in einem Staatsvertrag verbindliche und einheitliche Standards für deutschlandweit vergleichbare Bildung regeln, etwa für einheitliche Schulabschlüsse in allen Schularten.

Der Freistaat glaube, dass

der Bildungsrat „eher ein Modell ist zum Scheitern“. Dieser sei zwar im Koalitionsvertrag vereinbart worden, aber er sehe „wenig Chancen auf eine gute Umsetzung in der Realität“, so Söder. Die Verhandlungen seien verhakelt, etwa was Stimmrechte und Organisationsfragen angehe, es finde eine „Überbürokratisierung“ statt. Auf der Ebene der Länder sei die Kultusministerkonferenz dagegen ein „super Instrumentarium“. Zudem gebe es die Möglichkeit, mit weiteren Staatsverträgen im Bildungsbereich voranzukommen.

Den Aufbau des Nationalen Bildungsrats hatten Union und SPD im Koalitionsvertrag

vereinbart. Er soll demnach aus Experten und Vertretern von Bund und Ländern bestehen, die dann Empfehlungen aussprechen, und soll sich um viel diskutierte Probleme in Deutschland kümmern: die Unterschiede bei der Bildung zwischen den Ländern, die Vergleichbarkeit des Abiturs oder darum, wie ein Umzug von Familien mit Schulkindern von einem Bundesland in ein anderes erleichtert werden kann. Das Vorhaben stockt aber seit einiger Zeit, auch deshalb, weil Bayern und andere Länder sich strikt gegen eine Einmischung von außen in die eigenen Bildungskompetenzen wehren. dpa